

Volksblatt

Nummer 123

Donnerstag, den 3. Mai

Jahrgang 1928

Mehr Macht dem Reichspräsidenten?

Die Deutschnationalen sind bekanntlich in den letzten Jahren der Führung des Wahlkampfes gewesen, nicht wahrhaftig. Als neuesten Trieb benutzen sie ein Wahlplakat mit dem Kopf des Reichspräsidenten, das die Unterschrift trägt: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“. Zunächst einmal wird den Wählern der Deutschnationalen geflüstert, der Eindruck vorgetäuscht, als ob die Macht des Reichspräsidenten nur eine recht begrenzte wäre. Tatsächlich aber verfügt der auf sieben Jahre gewählte Reichspräsident der deutschen Republik über so große Machtvollkommenheiten, wie sie kaum ein anderes Staatsoberhaupt besitzt. Die Unklarheit besteht weiter darin, daß es den Deutschnationalen natürlich gar nicht ernst mit dieser Forderung ist, denn wenn sie ernst wäre, so würde eine solche Maßnahme, die eine Verfassungsänderung voraussetzt, von dauerndem Bestande sein müssen. Die Deutschnationalen sollen sich einmal dazu äußern, ob sie diese Forderung auch dann erheben würden, wenn ein Mann an der Spitze der deutschen Republik stünde, der, wie der verstorbene Präsident Ebert, etwa der sozialdemokratischen Partei angehörte. Zu Lebzeiten des Reichspräsidenten Ebert ist von deutschnationaler Seite niemals die Forderung nach Erweiterung der Befugnisse des Reichspräsidenten erhoben worden. Sie wollen also nur so lange eine Machterweiterung des Reichspräsidenten, als ein Mann ihres Sinnes an der Spitze des Reiches steht. Aber auch diese letzte Rechnung der Deutschnationalen stimmt nicht, denn der gegenwärtige Reichspräsident von Hindenburg hat mehr als einmal bewiesen, daß er sich nicht als Werkzeug deutschnationaler Machtbefehle hergibt. Es würde nicht schaden, wenn die Deutschnationalen im Wahlkampf etwas ehrlichere Methoden anwenden wollten.

Wirtschaftsparteiliche Bauernfängerei.

In Westdeutschland geht die Wirtschaftspartei mit der eben so verlogenen wie dummen Behauptung umher, der Reichspräsident habe durch seine Forderung der Industrie nur 20 Prozent der Reparationslasten aufbringen müßten, während die Deutschnationalen 100 Prozent der Industrie aufbürden. Die Wirtschaftspartei, speziell ihre Wahlredner, haben von der politischen Einschätzung des deutschen Volkes ansehnlich eine beliebig falsche Meinung. Wir unterwerfen hier die deutsche Wählermeinung für nicht so beschränkt, daß sie auf diese lächerliche Bauernfängerei hereinfällt. Die Unmöglichkeit der wirtschaftsparteilichen Unterstellung wird ja schon nach einem flüchtigen Blick in das Londoner Abkommen offenbar. Hiernach werden bekanntlich die Reparationssummen für das Normaljahr aus folgenden Quellen geschöpft:

1. 330 Mill. RM. aus der deutschen Industrie auferlegten Obligationsschuld von 5 Milliarden,
2. 660 Mill. RM. aus der sogenannten Reichsbahnschuld von 11 Milliarden,
3. 1540 Mill. RM. aus dem Reichshaushalt.

Zur Sicherstellung der Zahlungen aus dem Reichshaushalt, sowie zur zusätzlichen Sicherung der Zahlungen aus Industrie und Reichsbahn sind, wie man weiß, Teile der Reichseinnahmen, wie z. B. die Steuern aus Tabak, Bier und Zucker verpfändet. Schon rein schematisch gesehen ist es also vollkommen unrichtig, zu behaupten, die Industrie habe 80 Prozent der Reparationslasten, die Industrie dagegen nur 20 Prozent zu tragen. Die Zahlungen aus der Reichsbahn belaufen sich auf 660 Millionen, während die Industrie nur 330 Millionen zu zahlen hat. Die Zahlungen aus der Industrie werden von der Gesamtheit der befürdeten Personen und Güter aufgebracht, an der der Mittelstand allerdings den seiner Bedeutung im Wirtschaftsleben entsprechenden Anteil hat. Die aus dem Reichshaushalt entrichteten Leistungen verteilen sich auf die Gesamtheit der vom Reich vereinnahmten Steuern. Es ist im einzelnen nicht möglich, anzugeben, aus welcher Steuer letzten Endes die Reparationszahlungen aus dem Reichshaushalt fließen. Denn wenn sie auch zunächst aus den verpfändeten Einnahmen vorweg genommen werden, so verfließen das Geld, das wird klar, wenn man sich die gesamten Reichseinnahmen als einen einzigen großen Fonds vorstellt, aus dem eben ein Teil für Reparationszwecke abgezweigt werden muß.

Alle Verläufe, die Verteilung der Reparationen auf die einzelnen Volksschichten schematisch zu berechnen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es kommt hier ebenso wie bei den Steuern nicht darauf an, wer sie zahlt, sondern wer sie schließlich trägt. Dies aber ist lediglich eine Frage der Abwälzungsmöglichkeit. Zweifellos ist die Industrie bei guter Konjunktur in der Lage, die direkt auf sie entfallenden Reparationszahlungen abzumäßen. In einer schlechten Konjunktur wird sie dagegen die Kosten selber tragen müssen. Die Zahlungen aus der Industrie selber werden, da es sich hier um einen Monopolschicht handelt, reflexartig abgewälzt. Wie sich das auf die von ihr befürdeten Personen und Güter verteilt, hängt zunächst von der Tarifpolitik ab, über die jedoch keineswegs die Industrie autonom zu ihren Gunsten entscheiden kann. Vielmehr hat, das dürfte auch der Wirtschaftspartei bekannt sein, gerade in den Tariffragen die Reichsregierung ein Eingriffsrecht. Aber die durch die Tarifpolitik der Reichsbahn geschaffene Verteilung der Transportkosten ist nicht endgültig. Denn auch die Transportkosten werden, je nach der Konjunkturlage, d. h. also nach dem jeweiligen Verhältnis von Angebot und Nachfrage abgewälzt.

Die Zahlungen, die aus dem Reichshaushalt, vorweg aus den verpfändeten Einnahmen, an den Reparationsagenten abgeführt werden müssen, können nicht unabhängig von den anderen Steuern betrachtet werden. Letzten Endes ist es im Hinblick auf den Gesamtausgabenbeitrag des Reiches gleichgültig, welche speziellen Steuer-

erträge an den Reparationsagenten abgeführt werden. Es müssen auf alle Fälle mindestens 10 und 100 Milliarden für die restlichen Ausgabenbedürfnisse des Reiches übrigbleiben. Aber selbst, wenn man annimmt, daß die Reparationszahlungen einseitig aus den verpfändeten Einnahmen entnommen würden, kann unmöglich daraus gefolgert werden, daß der Mittelstand in erster Linie die Reparationsleistungen zu tragen habe. Denn die verpfändeten Einnahmen, also beispielsweise die Steuern aus Tabak, Bier und Zucker, werden, wenn die Konjunkturlage es irgend gestattet, vom Produzenten sowohl wie vom Händler, auf den Konsumenten abgewälzt.

Die Not des deutschen Mittelstandes ist groß, die Pflicht, diesem in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht unendlich wichtigen Teile des Volkes zu helfen, ist unbestreitbar. Mit oberflächlichen oder kurzfristigen Lügen der eingangs gekennzeichneten Art ist dem Mittelstand ebenso wenig zu dienen, wie mit den vielen, häufig einander widersprechenden, auf äußeren Schein eingestellten Beiträgen der Wirtschaftspartei überhaupt. Das alles treibt nur dahin, den Mittelstand parteipolitisch zu isolieren und ihn auch wirtschaftlich dem vereinten Ansturm der anderen Wirtschaftsgruppen auszuliefern. Es ist selbstverständlich, daß überall da, wo die Umstände es mit sich bringen und die allgemeine Lage es möglich macht, durch geeignete Maßnahmen die Schwierigkeiten des Mittelstandes behoben und ihm die größtmögliche Förderung zuteil wird. Was speziell das Zentrum in dieser Hinsicht geleistet hat, kann in wenigen Sätzen fürwahr nicht gesagt werden. Es sei nur erinnert an den Abbau der Zuckersteuern, an das Reichskommissariat für Handwerk und Einzelhandel, an seine Bemühungen um Einschränkung der Regiebetriebe und der Gefängnisarbeit, an seine Arbeiten im Finanzwesen (u. a. m.). (vgl. Politisches Jahrbuch 1927/28, speziell den Artikel von Thomas Esser: Zentrum und Mittelstandsfürsorge.) Außerdem muß dem Mittelstand durchgeholfen werden, daß man eine stabile Konjunkturpolitik treibt, daß man die Hauptbedürfnisse der Wirtschaftlichen Qualitätserzeugnisse hinreichend kaufkräftig macht, daß die die Steuer- und Tariflasten so verteilt, daß sie die zur Erhebung der Abgabemöglichkeiten getroffenen Maßnahmen nicht wieder illusorisch machen. Das wird sich aber nur dann erreichen lassen, wenn der Mittelstand seine Interessen aktiv im Rahmen einer großen Partei vertritt, die auf die Zielsetzung um den Gang der allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen Einfluß hat.

jedoch der Auffassung, daß wenigstens die juristische Begründung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes auch stichhaltig sein werde, daß dem Minister die völlige Blamage werde erspart bleiben können. Aber ebenso wie sich für das Vorgehen des Herrn von Keudell keine politische Notwendigkeit erkennen ließ, war auch für die rechtliche Zweckmäßigkeit keine Unterlage zu entdecken. Die Entscheidung des Reichsgerichtshofes, der sich nicht mit politischen Problemen, sondern nur mit der juristischen Seite zu befassen hatte, führte dem Reichsinnenminister ganz unzweideutig vor Augen, daß es keine gefälligen Bestimmungen gibt, auf die sich das Verbot des Roten Frontkämpferbundes stützen könne. Das Urteil ist so klar, daß es für sich selbst spricht.

Das Ende der geplanten deutschnationalen Aktion gegen die Kommunisten ist also weiter nichts als eine politische und juristische Blamage des Reichsinnenministers, der mit dem Abbruch seiner ministeriellen Laufbahn der Rente seiner verwunderlichen Taten noch das sonderbarste Stück angehängt hat. Hätte er sich von vornherein gesagt, daß das Verbot des Roten Frontkämpferbundes ein Schlag ins Wasser sein müßte, da die Mitglieder dieses Bundes, selbst wenn es zur Durchführung des Verbots gekommen wäre, ganz einfach als gewöhnliche Kommunisten in den Kampf gezogen wären, so wäre es zu den Irrungen und Wirrungen, die wir einmal wieder miterleben durften, garnicht gekommen. Herr von Keudell scheute aber als öfter gebranntes Kind nicht das Feuer, sondern wagte sich wieder an die Flammen verfehrter Maßnahmen heran. Zu hoffen bleibt nur, daß der deutsche Reichsinnenminister in den wenigen Wochen seiner ministeriellen Tätigkeit keine Gelegenheit mehr finden werde, noch weitere Dummheiten zu machen. Sein Konto ist durch Mißgriffe und Niederlagen schon mehr als überlastet.

Wie in politischen Kreisen verlautet, ist anzunehmen, daß an zuständiger Berliner Stelle zunächst der amtliche Wortlaut und die Begründung des Urteils des Staatsgerichtshofes zu dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes abgemittelt wird. Dazu kommt, daß der Reichsminister des Innern Dr. v. Keudell augenblicklich nicht in Berlin anwesend ist, sondern sich auf einer Reise befindet, jedoch schon deshalb eine Entscheidung des Reichsinnenministeriums in dieser Hinsicht nicht möglich ist. (Der Minister wollte heute in Düsseldorf. Bericht über die Eröffnung der Düsselbacher Kunstausstellung.)

Erhöhung der Kohlenpreise.

Keine Preiserhöhung für Koks und Briketts.

Berlin, 2. Mai. Der Reichskohlenverband und der große Ausschuss des Reichskohlenrates haben heute folgenden Beschluß gefaßt: Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat darf seine Kohlenpreise ab 1. Mai in dem Grade erhöhen, daß der Durchschnittserlös je Tonne des gesamten Syndikatsabzuges sich um eine Mark erhöht. Das Syndikat wird die innerhalb dieser Grenze festzusetzenden Preise unverzüglich dem Vorstand des Reichskohlenverbandes vorlegen, der sie nach Prüfung im „Reichsangeiger“ veröffentlicht. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat wird den Organen der Kohlenwirtschaft den monatlichen Durchschnittserlös jeweils mitteilen. Nach der Lage des Marktes wird das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat die Möglichkeit haben, seine Preise zu erhöhen, zu senken oder überhaupt nicht vorzunehmen. Für den unbefristeten Abzug wird eine Erhöhung des Festförderkohlenpreises um etwa zwei Mark je Tonne eintreten. Der gesamte deutsche Inlandsabzug des Syndikats wird dadurch um etwa eine Mark durchschnittlich je Tonne im Preise erhöht.

Die gleiche Regelung hinsichtlich der Preiserhöhung wurde für den niederschlesischen Kohlenbergbau getroffen. Die Preise des sächsischen Steinkohlen-Syndikats wurden um 1,10 Mark je Tonne heraufgesetzt.

Arbeiterentlassungen im Ruhrbergbau.

Essen, 2. Mai. Infolge Abzugs, der nach dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat für den niederschlesischen Kohlenbergbau getroffen. Die Preise des sächsischen Steinkohlen-Syndikats wurden um 1,10 Mark je Tonne heraufgesetzt.

Am den Rat seiner Ministerkollegen, soweit sie nicht in den Deutschnationalen gehören, hat sich der Reichsinnenminister nicht im geringsten gekümmert, sondern unbeschwert von juristischen und politischen Bedenken, aber merkwürdigerweise unterstützt insbesondere von dem Reichsjustizminister Hergt, seinem Parteifreund, erließ er das Verbot des Roten Frontkämpferbundes und stellte an die Länder das Ersuchen um Durchführung des Verbots. Als die Öffentlichkeit von der geplanten Maßnahme des Herrn von Keudell erfuhr, wurde sofort ihr lebhaftester Protest laut. Nur die deutschnationalen Blätter glaubten ihrem Parteifreund Sekundantenbedienste leisten zu müssen. Man war sich in allen politischen Kreisen von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum bis zu den Sozialdemokraten hin darüber einig, daß der Erlass des Reichsinnenministers eine politische Unklugheit erster Ordnung darstellte. Auch die Länder zeigten sofort ihre Ablehnung. 16 von den 18 deutschen Ländern weigerten sich, die Forderung des Herrn von Keudell nachzukommen und erließen das Reichsverwaltungsgericht um Entscheidung über den Konflikt. Bevor der Spruch der richterlichen Instanz gefällt war, hat bereits der Überwachungsausschuß des Reichstages zwar nicht in einem formalen Entschluß, aber immerhin durch die lang ausgeübte Debatte dem Reichsinnenminister bestätigt, daß sein Schritt jede politische Zweckmäßigkeit hatte vermissen lassen. Der Überwachungsausschuß war

Erhöhung der Kohlenpreise.

Keine Preiserhöhung für Koks und Briketts.

Berlin, 2. Mai. Der Reichskohlenverband und der große Ausschuss des Reichskohlenrates haben heute folgenden Beschluß gefaßt: Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat darf seine Kohlenpreise ab 1. Mai in dem Grade erhöhen, daß der Durchschnittserlös je Tonne des gesamten Syndikatsabzuges sich um eine Mark erhöht. Das Syndikat wird die innerhalb dieser Grenze festzusetzenden Preise unverzüglich dem Vorstand des Reichskohlenverbandes vorlegen, der sie nach Prüfung im „Reichsangeiger“ veröffentlicht. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat wird den Organen der Kohlenwirtschaft den monatlichen Durchschnittserlös jeweils mitteilen. Nach der Lage des Marktes wird das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat die Möglichkeit haben, seine Preise zu erhöhen, zu senken oder überhaupt nicht vorzunehmen. Für den unbefristeten Abzug wird eine Erhöhung des Festförderkohlenpreises um etwa zwei Mark je Tonne eintreten. Der gesamte deutsche Inlandsabzug des Syndikats wird dadurch um etwa eine Mark durchschnittlich je Tonne im Preise erhöht.

Reichsgerichtsentscheidung gegen Keudell.

Das Rot-front-Verbot abgewiesen.

Leipzig, 2. Mai. Dem Reichsinnenminister ist vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts heute folgendes Telegramm zugangan:

„In Sachen Rot-Front-Kämpferbund hat das Reichsgericht durch den vierten Strafsenat heute beschlossen: 1. Die Weigerung der Landeszentralbehörden, dem Ersuchen des Reichsinnenministers vom 16. April 1928 auf Verbot und Auflösung des gesamten Rot-Front-Kämpferbundes, der Roten Marine und der Roten Jungfront mit sämtlichen Ortsgruppen nachzukommen, ist begründet. 2. Die Kosten des Verfahrens werden dem Reiche auferlegt.“

Der Senat hält die Voraussetzungen des § 129 des Reichsstrafgesetzbuches für den ganzen Rot-Front-Kämpferbund und sämtliche Ortsgruppen nicht für erwiesen. In Frage kommen nur Einzelverbote für bestimmte Ortsgruppen oder Gauen, bei denen jeder Beweis vorliegt. Solche Verbote stehen heute nicht zur Entscheidung des Gerichts. Nähere Begründung folgt. gez. Reichsgericht.“

Der Unglücksrabe auf dem kurulischen Bessel.

Von unserer Berliner Redaktion.

Reichsinnenminister von Keudell hat wiederum eine vernichtende Niederlage erlitten. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts, der als Staatsgerichtshof in höchster gerichtlicher Instanz fungierte, hat durch sein Urteil, die Weigerung der Landeszentralbehörden, dem Ersuchen des Reichsinnenministers um Durchführung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes nachzukommen, sei mit unverkennbarer Exaktheit begründet, dem deutschnationalen Minister bewiesen, daß er mit seinem Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu einer völlig verfehlten Maßnahme gegriffen habe. Diese Entscheidung des Staatsgerichtshofes kann durch kein Rechtsmittel angefochten werden. Herr von Keudell wird sich damit abfinden müssen, daß nunmehr alle in Frage kommenden Faktoren anderer Meinung sind als er.

Reichsminister Dr. Stresemann über den Besuch Birkenheads.

Köln, 2. Mai. Die „Kölner Zeitung“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern Dr. Stresemann, in der dieser sich über den Berliner Besuch Lord Birkenheads folgendermaßen äußerte:

„Ich habe Gelegenheit gehabt, Lord Birkenhead während seines Aufenthaltes in der Reichshauptstadt zweimal zu sehen und einmal mit ihm sehr ausführlich über die Beziehungen zwischen England und Deutschland zu sprechen. In dieser Besprechung ist der von einer gewissen Presse dem englischen Minister zugeschriebene Verzicht, ein englisches französisches Abkommen mit einer Spitze gegen Österreich zu begründen, in seiner Weise gemacht, aber auch nur gestreift worden. Mir ist auch nicht das Geringste davon bekannt, daß dieser Verzicht irgend einer verantwortlichen Stelle gegenüber gemacht worden sei. Die hieran geknüpften Kombinationen einzelner Blätter sind deshalb in keiner Weise begründet. Wenn gar behauptet wird, daß die Besprechungen den Sinn gehabt hätten, durch eine Zustimmung zu solchen Ideen die Stellung untergraben zu können, so kann das nach dem Vorhergesagten umso mehr in das Reich der Fabel verweisen werden. Wie Lord Birkenhead persönlich zu diesen Fragen eingestellt ist, und ob er dieser seiner persönlichen Einstellung in Privatgesprächen Ausdruck gegeben hat, muß ihm in der üblichen Selbstverständlichkeit freistehen. Ich kann nur mit Dank feststellen, in welcher herzlicher Weise der englische Minister in seinen beiden Besuchen und in seinen Unterhaltungen dem Wunsch Ausdruck gegeben hat nach einer Zusammenarbeit zwischen England und Deutschland und nach Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen seinem Lande und uns. Der Besuch Lord Birkenheads und seiner Freunde in der Reichshauptstadt ist nicht nur ohne jeden Mißklang verlaufen, sondern hat, wie ich glaube, zur Annäherung vieler persönlicher Beziehungen geführt, die dem Verhältnis und der Politik beider Länder nützlich sein können. Um so mehr bedauere ich, daß der Besuch nachträglich diesen unbegründeten Kommentaren ausgesetzt war.“

Als Siedler nach Abessinien.

Wilde Kolonistenfahrt des Wardanieri-Korps.

Der Anführer in der psychiatrischen Klinik.

Wien, 2. Mai. Der Führer eines abenteuerlichen Auswanderungsunternehmens, dem er den Namen „Oesterreichisches Wardanieri-Korps“ gegeben hatte, Peter Waller, ist durch polizeiliches Eingreifen der psychiatrischen Klinik des Professors Wagner-Sauregg zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen worden. Peter Waller, ein einfacher Mann, hatte in einjähriger Agitation

etwa 300 Personen um sich gesammelt, die, mittellos wie er selbst, gern bereit waren, mit ihm nach Abessinien auszuwandern und dort eine gemeinschaftliche Kolonie zu gründen. Am 3. Mai sollte zu Fuß von Wien nach Genua und von dort auf dem Meer nach Abessinien ein abessinisches Schiff die Kolonisten abholen. Da nach amtlichen Auskünften aus Addis Abeba die Ansiedler dort keineswegs erwünscht wären, oder Gelegenheit hätten, ihr Fortkommen zu finden, haben die österreichischen Behörden versucht, durch Verweigerung der Ausreisepapiere das Hoffnungslose des Unternehmens zu verhindern. Obwohl Peter Waller, der

gen nur langsam vorwärts. Ihr Ziel war der nationale Presseklub, wo ihnen ein feierlicher Empfang durch führende amerikanische Journalisten bereitet wurde. Sodann kehrten sie zum Weißen Hause zurück, wo der Präsident ihnen ein Ehrenfrühstück gab. Danach führten sie mit militärischer Eskorte zum Grabe des „unbekannten Soldaten“

Ein zweiter Europaflug Lindberghs.

ern aufzugreifen. Großbritannien lehnt es ab, sich über die englische einseitige Erklärung von 1922 in eine Diskussion einzulassen. Die Instruktionen zur Einsetzung der britischen Kriegsschiffe nach Ägypten, die man ursprünglich für notwendig gehalten hatte, sind widerrufen worden. Hieraus ist zu erwarten, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Staatssekretär und Mitglieder der Arbeiterpartei. Vertreter der Opposition stellten durch Zusage in Abrede, daß die britische Note „vollkommen falsch und verwerflich“ sei, wie Chamberlain sie bezeichnet hatte. Auf weitere Anfragen bemerzte Chamberlain, eine etwaige Zurückziehung der britischen Truppen aus Ägypten müsse mit Bestimmtheit zu Wirren und sehr rasch auch zu einem Kriege führen. Chamberlain, der zugeb, daß sich britische Kriegsschiffe bereits auf dem Wege nach Ägypten befinde, hatten, betritt nachdrücklich die Ausrufung eines Krieges, weil es die Meinung der öffentlichen Meinung Englands, daß die Aktion der britischen Regierung für überflüssig und herausfordernd halte. Chamberlain erklärte demgegenüber, die Forderung und Gebuld der britischen Regierung werde allgemein anerkannt und fuhr fort: Die Interessen Englands in Ägypten machen es uns unmöglich, die Besetzung Ägyptens durch irgendeine andere Macht zuzulassen. Es wird stets für diese und andere Regierungen notwendig sein, die Grundzüge der Deklaration vom Jahre 1922 aufrecht zu erhalten, und da wir anderen Mächten verbieten, sich einzumischen, müssen wir auch die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um die Sicherheit der Untertanen dieser Mächte sowie unseres eigenen Bürger in Ägypten zu gewährleisten.“

:: Paris, 2. Mai. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington beabsichtigt Oberst Vinbergh in diesem Jahre einen zweiten Flug Amerika—Europa durchzuführen und dann eine Flugreise durch Amerika und Asien zu unternehmen. Der Start würde frühestens im Juni erfolgen.

(Washington, 2. Mai.) Oberst Lindbergh teilte gestern dem Vertreter des Reuters-Büros mit, daß er die Möglichkeit eines Luftweges nach Europa über Grönland und Island erwäge. Aber entgegen den umlaufenden Gerüchten habe er sich noch nicht entschlossen, diesen Flug zu unternehmen und er sei tatsächlich noch nicht überzeugt, ob diese Linie überhaupt praktisch möglich sei.

Stolz, 2. Mai. Zu dem vorbeschriebenen Abflug der „Italia“ erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Der 1. Mai wurden die Mannschaften der Reichswehr in Stuttgart alarmiert. Auf dem Flugplatz bestieg der Reichswehrtrupp sein Flugzeug. Um 23.30 Uhr traf ein Flugzeug mit einem Passagier aus der Reichswehr in Stuttgart ein, in dem sich der Sprecher der deutschen Luftfahrt befand. Auf dem Flugplatz wurde der Sprecher der deutschen Luftfahrt von einem Mann aus der Reichswehr empfangen. Der Sprecher der deutschen Luftfahrt wurde auf dem Flugplatz von einem Mann aus der Reichswehr empfangen. Der Sprecher der deutschen Luftfahrt wurde auf dem Flugplatz von einem Mann aus der Reichswehr empfangen.

Die „Citta di Milano“ auf dem Wege nach
Kingsbay.

2. Mai. Wie aus Tromsø gemeldet wird, hat das mobile Hilfsschiff „Citta di Milano“ den Ort verlassen und befindet sich unterwegs nach Spitzbergen.

Die Rückreise des Kapitäns Wilfins von Spitzbergen
:: Oslo, 2. Mai. Kapitän Wilfins, der Ueberwinder des Nordpols, gedankt in 5—6 Tagen mit dem Dampfer „Hobbs“ von Green Harbour (Spitzbergen) nach Norwegen in See zu gehen. Er nimmt das Flugzeug, das sich in ausgezeichnetem Zustand befindet, mit.

Große Verheerungen durch einen Zyklon.

:: Sofia, 1. Mai. Wie aus Stara Zagora gemeldet wird, hat um 4 Uhr nachmittags ein schwerer Wirbelsturm die Stadt und die Umgebung heimgesucht. Mehrere Gebäude wurden beschädigt. Der Sturm, der von Hagelschlag begleitet war, richtete mehrere Dächer ab und setzte eine Anzahl von Baracken hinweg. Die Höhe des Schadens ist noch nicht festgestellt, ebenso ob der Sturm Verluste an Menschenleben gefordert hat. Ein Rächner wurde mit samt seinem Wagen hochgehoben und weggeschleudert. Er erlitt schwere Verwundungen. Der Wirbelsturm hat das nördliche Bulgarien von Rußland bis Gorna Orchowiza in nordöstlicher Richtung gestreift und die telegraphischen Verbindungen mit Rumänien unterbrochen.

Sofia, 2. Mai. Die Morgenblätter bringen Einzelheiten über den gestrigen Zyklon, der etwa 200 Meter

it war und eine Geschwindigkeit von 100 unbenutztem Metern entwickelte. In Ruzschud in großer Teil der Häuser abgedeckt worden. Wollensche und starker Hagel vernichteten in einem Teil der dt alle Fensterheben. Die niedriger gelegenen ort fanden einen halben Meter unter Wasser. Auf den Donschiffen brach eine Panik aus, da die esse sich von den Tauen lösen und abwärts trieben. größte Gewalt erreichte der Zyklon in Staraga. Die Bevölkerung dieser Stadt ist ohne ach, da die Baracken und Zelte sämtlich vernichtet ren sind. Die in den Zelten verstaubten Archive der waltung sind in alle Winde verstreut worden. Ver t wurden 60 Personen, darunter einige je her. Eine Anzahl Häuser, die infolge des Erdstößes rsten waren, sind nun ganz eingestürzt. Die Stadt umgebung ist ohne Licht, da alle Lichtmasten und egraphenstangen durch den Zyklon entzweielt wurden. Zyklon verwich in südlicher Richtung. Aus vielen des Landes werden schwere Hagelschläge, Wollensche und stinkende Temperaturen gemeldet.

Das Bankett der Stadt Newuork

Die britische Antwort in Kairo überreicht.
— London, 2. Mai. Die britische Antwort auf die ägyptische Note ist nach Meldungen aus Kairo heute nachmittag dort eingegangen und der ägyptischen Regierung überreicht worden.

eingegangen: Die Spannung zwischen Ägypten und Großbritannien ist beendet. Die britische Regierung hat die Antwort der ägyptischen Regierung auf das britische Ultimatum als befriedigend betrachtet.

Nach englischen Blättermeldungen aus Kairo sei man sich in allen politischen Kreisen Ägyptens darüber einig, daß das Versammlungsgesetz endgültig beibehalten sei. Die Entwicklung der innerpolitischen Lage in Ägypten sei im Augenblick noch nicht klar, doch erscheine eine Kabinettskrise infolge der letzten Er-

Ehrungen

Marg Spitzentandibat in Sachsen.
X Dresden. 2. Mai. Der Landesparlament der Sächse

den Zentrumsparthei hat einstimmig beschloffen, Reichstagsler Dr. Marx um die Spitzenkandidatur für die Reichstagswahl zu bitten. Dr. Marx hat diesem Ansuchen entsprochen. Unter der Führung des Parteivorstehenden wird das sächsische Zentrum hoffentlich ehrenvoll abschneiden.

Die Denkschrift der Reichsbahn.
 Berlin, 2. Mai. Nach den Informationen des Verl. Tgbl. enthält die dem Reichsverkehrsministerium überreichte Denkschrift, in der die Reichsbahngesellschaft ihren Antrag auf Erhöhung der Reichsbahntarife begründet, auch einen Eventualantrag über die Einführung des Zweitklassensystems im Personenverkehr.

Ungarn fordert Auslieferung Bela Kung

innen wollte, wurde durch einen Bajonettstich
tötet. In dem Petroleumgebiet von Dro-
bisch kam es zu einer Schlägerei zwischen Kom-
munisten und Sozialdemokraten, ebenso in Lemberg,
die Polizei gegen die Kommunisten mit blankem
Schwert vorgeht. Dabei erlitten 11 Schulleute durch
unwürdige Verletzungen.

Der Papst über die sportliche

Der Papst über die sportliche Betätigung der Frauen.

Rom, 2. Mai. Der „*Observatore Romano*“
kennzeichnet ein Schreiben des Papstes an den Bischof
von Rom, Kardinal Rampoldi, worin er der Meinung
äussert, dass er als Vater aller Katholiken und als
Haupt von Rom nicht umhin könne, die Veransta-
lung von sportlichen Wettkämpfen für
Jugendlichen, die dieser Tage in Rom, dem Mittelpunkt der
Kirchenwelt, stattfinden sollen, zu bedauern. Der
Papst erkennt die Notwendigkeit von Leibesübungen auch
für Mädchen an, vorausgesetzt, daß diese Übungen keinen
scharf ausgeprägten Charakter haben.

(Budapest, 2. Mai. Die ungarischen Behörden haben auf Grund des Reziprozitätsvertrages zwischen Ungarn und Oesterreich das Recht erhalten, die Handelsverträge zu verhandeln, die zwischen Oesterreich und anderen Ländern abgeschlossen werden.)

Budapest, 2. Mai. Das von der Budapest-
Staatsanwaltschaft gestellte Auslieferungsbegehren gegen
Bela Kún wird damit begründet, daß seiner Zeit auf
eine persönliche Anordnung zwei ukrainische
Offiziere und ein ungarischer Artilleriehaupt-
mann ermordet wurden.

Stilllegung der Rheinschiffahrt.

► Berlin, 2. Mai. Maslierte und mit Pistolen bewaffnete Räuber drangen in der ver-

gehen, wurde in der Papierfabrik in Wols-
felde, die der Gewand- und umkleideten die Fabrik
die Wolsfelde, der Direktors Schmidt. Die hielten
mit ihren Waffen Schuss und Schreie aus
und Wertsachen, deren Wert noch nicht
festgestellt ist. Die Räuber sind unerkannt
kommen. Die Staatsanwaltschaft benachrichtigte
Gerswalder Kriminalpolizei und auch die Berliner
Kriminalpolizei, die Beamte dort hinfuhren. — Zu
Raubüberfall in Wolsfelde bei Gerswalde wird
gemeldet: Der überallende Betriebsdirektor
mit der ersten nachts in seiner unmittelbaren Ge-
gend der dortigen Kassenkammer gelegenen Villa von
Schwein einer Mordtat. Ein schwatzma-
stiger Räuber, einen Revolver in der Hand,
führte ihn sein Arbeitszimmer aufzulösen, wo er dem
über aus dem Schreibtisch 300 Mark
händigen mußte. Der Mordtäter erklärte
Schmidt erschlagen zu wollen. Schmidt aber flücht-
te in ein Nebenzimmer und schloß die Tür hinter sich.
Der Räuber aber ließ sich von der weiteren Verfolgung
auf dem Gang hinter den Arbeitszimmer.
auf einem Mordtäter. Die Mordtäter, die sich
kommen. Die Kriminalpolizei hat nach dem
kommen. Die Siemens-Schuckert-Werke haben eine Be-
zahlung von 1000 M für Angaben ausgelegt, die zur
Erfassung der Täter führen.

Blutige Maitageiern in Polen.
In Warschau 4 Tote, 280 Verletzte
unt. 50 Verhaftungen.

Warschau, 2. Mai. Die Gesamtzahl der Opfer der letzten Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Kommunisten stellt sich auf vier Tote und 280 Verletzte, davon 40 Schwerverletzte. Etwa 50 Personen sind von der Polizei verhaftet worden.

Auch an anderen Orten blutige Zusammenstöße.
÷ Warschau, 2. Mai. In Sosnowice kam es zu einer
Mieterei zwischen Kommunisten und der
Polizei, als dieselbe eine kommunistische Versamm-
lung auflösen wollten. Die Kommunisten gaben un-

hr 30 Revolvergeschüsse auf die Schulleute
 , wobei drei Polizisten verletzt wurden. Eine
 oppellalve der Schutzmannschaft zerstreute die
 enge. Ein Kommunist, der einen Polizisten ent-

Kassel, 2. Mai. Zu der Meldung über den Bau Raketenflugzeuges durch die Raab-Raketenwerke in

in Gemeinschaft mit dem Opelwert in Rüßlands-
t die Telegraphen-Union, das es sich keines-
sum einen Zug in den Weltzerrum-
belt, sondern, daß unter Wahrung aller erdenk-
Vorhofsregeln nur Verzüge einerhalb
Aufsicht der Erde, d. h. in begrenzten
nen, ausgeführt werden sollen. Der Führer des
zeuges, der Chepsilot der Raabstahneimwerte in
der, der vertraglich von den Opelwerten in Rüßlands-
zu diesem Versuch verpflichtet wurde, erklärte, daß
durch einen Fallsturm gesichert sei.
Bau des Flugzeuges ist bereits in Angriff genom-
worden. Aller Voraussicht nach finden die ersten
auf dem Flugplatz Waldau bei Rassel statt.
Anbeli ist aber vorläufig nur um die Auswertung
neuen Antriebskraft, die Rakete anstelle

3. Geheimnis
Arbeiter Johann
herbeizumführen
seinem Frühstück
verschied. Man be-
schloß sich, die be-
trugte noch nicht
Alter von 19 Jahren
man allgemein Te-
p. Ein Versteck
Dienstags abends
einen Brotwagen
der Rühlensstraße
sahen um, wobei
Verletzung am H-
schädlichen Sanität
werden mußte.
p. Diebstahl
Arbeiterin in eine
fallenden Treibfah-
se ins Kranzhaus
p. Jahresraub
den zwei Personen
p. Diebstahl
Stadtfriede Bodol-
und 33 Mädchen g-
Es starben 15 m-
sorgfältigste Be-
02617, am 30. 4.
m. Der Wert
kommt nach Bodol-
trafungen von 10
den 5. Mai, um 1
und auf dem Markt
Omnia der Des-
10 Meter hohe Te-
diesem Markt und
24schüler, eine L-
gerät dient ein G-
ert. Da dieses Ein-
liert, um die bei-
gebrachten großen
stärke zu betreiben
6-Mädchen-Kraftver-
Saulprecher, die
herausgenommen
führungen vom
werden können, ist
für Rundfunk-
ermehrte Empfangs-
stärke. Die notwen-
Batterien entnom-
sich eingebauten
sprecher-Konvert-
Rundfunkmerkmale
werden wollen, be-
sonders wird es
doch während die-
über die vier Weite-
Klein und Wagen
begrißt werden.

Am Sonntag, den
partei eine Wähler-
rei Parteiführer
kommen war. Trotz
weitiger Benachteil-
um großen Teil son-
wurde, nach diese
Mitten reserlierte in
und außenpolitische
die Zentrumspoliti-
kluzur war die Ger-
würstung für Post
brachen hat sie sich
bei mitgearbeitet am
schloß. Während fast
entstehenden Gründen
anantwortung entzogen
partei von Anfang an
Sich letzte sie ihre
ein, ohne sich durch
zu lassen. Die Name
dem Wiederanstieg i-
und wenn sich unferne
möglichsten Richtung be-
Babell, mag es ein
gebilligt und weiter
dieser Politik die
anderen. Andere er-
gehet hat. Dieser
Zentrum in allen J-
um in den eigenen
als durch die man-
schwerste Arbeit m-
geringer den Riden
partei sich außerhalb
stiller Helfer in öf-
stellen eine neue Be-
deckselpartei, als der
eine vornehmte Auf-
sowas sah, ist das
erworben. Es ist tre-
angen, ohne den ge-
us parteigepöflichen
hierin unterließ sich
der Umstellung de-
seit 1918 hat die
in einer Zeit der Zer-
für glücklichen Zer-
eberung der Lebens-
zu eine feste und
allgemeinschaft zeller
um wir heute zur
allgemein flussig unter
Werten können, wenn
eder gleichberechtigt
der soll die Zentru-
ausgegeben hat, die
zivilen und die Opfer,
gleichgesinnten in m-
bracht hat. Der Einsa-
schon nicht gewesen. Die
anzien, denn wir haben
viele Verhältnisse
Veranlassung gibt
sich leicht weiter
die die letzte Elitene-
entrum besteht aus
Einschreib auf die
allein das soziale C-
der Bürokratie

Aus der Heimat.

Bocholt, den 3. Mai 1928.

eine größere Zahl bringen. In der letzten Nacht des Ueberfalls kamen ein, die heute abend werden, und eben Licht aufschiffen und einen werden.

af dem Wege nach

omß gemeldet wird, hat

ta bi Milano" den

unterwegs nach

illins von Epfbergen

illins, der Ueber-

5-6 Tagen mit dem

bour (Epfbergen) nach

Er nimmt das Flug-

zustand befindet, mit

ariens.

ndigkeit von 100

delte. In Ruckstaud

edert worden. Wollen-

eten in einem Teil der

er niedriger gelegenen

er unter Wasser. Auf

ne Panik aus, da die

und abwärts trafen.

glossen in Staraga-

er Stadt ist ohne

ette sämtlich vernichtet

verkauften Archive der

erhalten worden. Ver-

darunter einige sehr

infolge des Erdbebens

eingestürzt. Die Stadt

alle Lichtmasten und

ion entwürfelt wurden.

er Richtung. Aus vielen

Bagelstraße. Wollen-

gemeldet.

men Baionettisch

gebiet von Dros-

gabel zwischen Kom-

den in Remberg,

musikanten mit Bläsen

11 Schulkinder durch

ie sportliche

frauen.

atore Romanos

Basiles an den Wä-

des an der Meinung

er Katholiken und als

ne, die Verantli-

Setzungen für

den Mittelpunkt der

zu bedauern. Der

von Leibesübungen

aus diese Übungen

feinen

überfall.

te und mit Pisto-

drängen in der ver-

abrik in Woll-

durchsuchte die Fabrik

schmidt. Sie hielten

den und erbeuteten

den Wert noch nicht

und unerschrocken

benachteiligte und

und die Berliner

dort hinführte. — Zu

bei Eberswald wird

ne Betriebsdirektor

er inmitten der Ge-

gebenen Villa von

er Schwarzmas-

poler in der Hand-

zufinden, wo er dem

stisch 300 Mark

er Mästerei erklärte

schmidt aber fühlte

hoh die Tür hinter sich

er weiteren Verfolgung

des Arbeitszimmers.

er Richtung Berlin

er fahndet nach dem

Werke haben eine Ge-

er ausgelegt, die zur

che mit dem

gung.

elung über den Bau

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werkraum

abnahme aller erden-

suche innerhalb

d. h. in begrenzter

er. Der Führer des

baubauwerke in

elwert in Ruffelsheim

es ist keines-

en Werk

